# Großer Auftrag

## Enquete-Kommission zur Corona-Pandemie ist gestartet

**Klaus-Peter Görlitzer (Hamburg), Journalist, verantwortlich für BIOSKOP**

**Die Enquete-Kommission zur Corona-Pandemie hat im Herbst ihre Beratungen begonnen, bis zum 30. Juni 2027 soll sie ihre Ergebnisse und Empfehlungen in einem Abschlussbericht vorlegen. Ihre Agenda ist sehr umfangreich.**

Die Corona-Pandemie hatte »tiefgreifende Auswirkungen auf alle Bereiche, insbesondere das Gesundheitswesen, die Bildungseinrichtungen, den Sozialstaat«, heißt es in dem Antrag zur Einsetzung der Enquete, der am 10. Juli von fast allen Bundestagsfraktionen beschlossen wurde; dagegen stimmte nur die AfD, sie forderte einen Untersuchungsausschuss, ohne Erfolg. »Tiefgreifende Veränderungen«, so der beschlossene, von CDU/CSU und SPD formulierte Antrag, habe es auch im Familienalltag gegeben, für die Entwicklung von Kindern und Jugendlichen, für Freundeskreise, für Betriebe und Selbständige, im kulturellen und religiösen Leben – die Aufzählung ließe sich fortsetzen.

Die, wie sie offiziell heißt, Enquete-Kommission »Aufarbeitung der Corona-Pandemie und Lehren für zukünftige pandemische Ereignisse«, besteht aus je 14 Politiker*innen (5 von CDU/CSU, 3 SPD, 3 AfD, 2 Grüne, 1 Linke) und 14 Sachverständigen, die von den Fraktionen benannt wurden.

Die Aspekte, die sie »beleuchten« sollen, sind vielfältig und sehr umfangreich. Der Antrag listet acht Hauptthemen auf und ergänzt sie mit zahlreichen Unterpunkten:

»1. Früherkennung, Risikobewertung, Vorsorge«; darunter fallen auch Pandemiepläne, Frühwarnsysteme und Prozesse zur Risikobewertung und -kommunikation.

»2. Krisenmanagement und Entscheidungsstrukturen«; hier geht es zum Beispiel um die Zusammenarbeit zwischen allen staatlichen Stellen, Krisenstäbe und die Einbindung wissenschaftlicher Expertise in politische Entscheidungsprozesse.

»3. Rechtliche Rahmenbedingungen und parlamentarische Kontrolle«; wobei auch verfassungsrechtliche Maßgaben, die Rolle der Parlamente bei der Entscheidungsfindung und Kontrolle und die Einbindung der Opposition in Krisenzeiten untersucht werden sollen.

»4. Gesundheitliche Maßnahmen und deren Auswirkungen«; beleuchten soll die Enquete unter anderem Beschaffung und Vergabepraxis medizinischer Schutzausrüstung, Masken und Testmaterialien, Maßnahmen zum Schutz vulnerabler Bevölkerungsgruppen, die Entwicklung, Beschaffung und Verteilung von Impfstoffen sowie die Impfkampagne und Impfpflicht für bestimmte Berufsgruppen, die Leistungsfähigkeit des Gesundheitssystems insgesamt und die Wirksamkeit und Verhältnismäßigkeit der Strategie zur Eindämmung des Coronavirus.

»5. Wirtschaftliche und soziale Aspekte«; zu analysieren sind von der Kommission unter anderem die Auswirkungen der Pandemie und der Gegenmaßnahmen auf Arbeitsmarkt, Bildungssystem, Familien, die Vereinbarkeit von Pflege und Beruf; außerdem die Auswirkungen auf Betriebe, Gastronomie, Kulturbranche, Vereinsleben, Tourismus. Beleuchtet werden sollen auch die Lieferketten, insbesondere für Medikamente und Hilfsmittel.

»6. Krisenresilienz der Bundesrepublik Deutschland«; gefordert wird hier, die finanziellen Belastungen durch die Pandemie für Bund, Länder, Kommunen und Sozialversicherungen zu analysieren sowie eine Bewertung der strukturellen Fähigkeit, auch in künftigen Krisen handlungsfähig zu bleiben.

»7. Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit«; dieser Punkt betrifft auch die Kommunikationsstrategien staatlicher und wissenschaftlicher Stellen sowie den Umgang mit wissenschaftlicher Unsicherheit und Desinformation.

»8. Kooperation im EU-Kontext, internationale Zusammenarbeit und globale Dimension«; hier geht es um die Kooperation mit internationalen Partnern und Organisationen, wobei auch internationale Strategien verglichen werden sollen.

### Empfehlungen erbeten

Der Arbeitsauftrag des Bundestags geht noch viel weiter: Zu allen Punkten, welche die Kommission zu »beleuchten« hat, soll sie auch »Empfehlungen für Strategien und Maßnahmen der Prävention und Krisenbekämpfung geben« – alles mit dem Ziel, die »Resilienz gegenüber Krisenlagen« zu steigern.

Um ihre riesige Aufgabe zu erfüllen, kann die Kommission im Rahmen öffentlicher Anhörungen Sachverständige, Interessenvertreter*innen und von der Pandemie besonders Betroffene und deren Erfahrungen befragen, außerdem auch Gutachten einholen und Forschungsaufträge vergeben. Dabei soll über die »laufende Erkenntnisgewinnung sowie die Ergebnisse« informiert werden, unter anderem mit Hilfe einer Webseite zur Enquete-Kommission *(→ Randbemerkung)*. Die Transparenz hat allerdings Grenzen: Die Protokolle der nichtöffentlichen Sitzungen der Kommission dürfen laut Einset- ›

### Enquete online

Wer sich über die Arbeit und Diskussionen der Enquete-Kommission »Aufarbeitung der Corona-Pandemie und Lehren für zukünftige pandemische Ereignisse« auf dem Laufenden halte möchte, sollte öfters auch mal die Internetseiten des Deutschen Bundestags besuchen. Unter dem Link *www.bundestag.de/ausschuesse/weitere_gremien/ee01* stehen diverse Dokumente, die regelmäßig ergänzt werden: zum Beispiel Termine und Tagesordnungen der Enquete-Sitzungen und öffentlichen Anhörungen, auch Wortprotokolle sind dort dokumentiert und herunterladbar. Außerdem stehen dort die Namen und Kurzbiografien aller 28 Politiker*innen und Expert*innen, die in der Kommission mitwirken.

# »Gesellschaftliche Auswirkungen« der Pandemie

**Das Bundesforschungsministerium fördert seit 2023 insgesamt 18 Projekte aus den Geistes- und Sozialwissenschaften, die »gesellschaftliche Auswirkungen der Corona-Pandemie« analysieren. Erwünscht sind dabei auch »Handlungsempfehlungen für Politik und Gesellschaft«.**

Anfang November gab es im inzwischen von der CSU-Politikerin Dorothee Bär geführten Ministerium (BMFTR) schon mal eine Abschlusstagung, bei der Vertreter*innen der Projekte ihre – teils noch vorläufigen – Ergebnisse vorstellten. Mit der Veröffentlichung allgemein zugänglicher Abschlussberichte ist ab 2026 zu rechnen. Laut Pressemitteilung des BMFTR sagte Staatssekretär Rolf-Dieter Jungk in seinem »Grußwort«, dass die Pandemie nicht nur »eine der größten medizinischen Herausforderungen« gewesen sei, sondern auch ein »komplexes gesellschaftliches Ereignis«. Jungk fügte hinzu: »Um diese zu verstehen, waren und sind fundierte und umfassende Analysen der Geistes- und Sozialwissenschaften notwendig.«

Die BMFTR-Mitteilung skizziert auch einige Projektergebnisse. Die Pandemie, so eine Erkenntnis, habe »prekäre Zustände im Pflegebereich sichtbar« gemacht; um künftige Krisen »besser bewältigen zu können« sei es notwendig, Pflegeausbildung und -arbeit »stärker zu würdigen«. Festgestellt wurde auch, dass in der Pandemie psychische Gesundheit »stärker in den Fokus gerückt« sei, ein Thema, »das auch Unternehmen zunehmend adressieren müssen«. Eine weitere Erkenntnis: Sogenannte vulnerable Gruppen »erfuhren Stigmatisierung« während der Pandemie, gemeint sind ältere Menschen und Long-Covid-Betroffene ebenso wie Geimpfte und Nicht-Geimpfte »in ihren jeweiligen Netzwerken«. Untersucht wurde auch, wie »Unterstützungsnetzwerke für junge Zugewanderte« funktioniert haben – wichtiges Ergebnis laut BMFTR-Mitteilung: »Digitale Kommunikation war nur dort erfolgreich, wo zuvor persönliche Kontakte bestanden.« Im Bildungssystem habe es einen »Digitalisierungsschub« gegeben, der »ohne die Krise kaum denkbar« gewesen wäre. Analysiert wurden auch »Meinungsdynamiken« während der Pandemie. Dabei habe sich ein Muster gezeigt, das auch aus anderen Krisen bekannt sei: »Zunächst stieg das Vertrauen in Regierung und Demokratie, bevor es in Ungeduld und Kritik umschlug.«

Nach Vorstellung dieser und weiterer Ergebnisse gab es eine Paneldiskussion, bei der sich die Teilnehmenden laut BMFTR-Mitteilung einig waren, dass die Pandemie als ein »kollektiver Lernimpuls« zu betrachten sei, »der Ungleichheiten sichtbar machte und die Widerstandskraft demokratischer Gesellschaften herausforderte«.

Was das im einzelnen heißt und welche Empfehlungen aus den Erkenntnissen abzuleiten sind, wird in den Abschlussberichten sicher detaillierter ausgeführt. Einen Überblick über die 18 geförderten Projekte gibt diese Webseite: *www.geistes-und-sozialwissenschaften-bmbf.de/de/Corona-Forschung-gesellschaftliche-Auswirkungen-Pandemie-2861.html*

zungsantrag »nur auf Beschluss veröffentlicht« werden.

Bis Anfang Dezember hatte das 28-köpfige Gremium bereits mehrmals nichtöffentlich getagt, außerdem gab es drei öffentliche Anhörungen zu den Themen »Rechtsstaat unter Pandemiebedingungen«, »Long-Covid/Post-Vac« und »Vorsorge, Krisenpläne, Frühwarnsysteme«. Zur Rechtsstaat-Anhörung sind inzwischen das Wortprotokoll, Stellungnahmen von zwei Sachverständigen und diverse Anlagen online gegangen, zudem berichtet die Internetredaktion des Bundestags über die Anhörung, die früher als die beiden anderen Anhörungen, nämlich schon am 3. November, stattgefunden hat.

## Auch Zwischenberichte möglich

Zitiert wird hier unter anderem Alena Buyx, die ehemalige Vorsitzende des Deutschen Ethikrats. Sie empfahl in der Anhörung den besonderen Schutz von vulnerablen Gruppen und mehr Ressourcen für Institutionen. Mit Blick auf Corona-Gegenmaßnahmen wie Schließungen von Kitas, Schulen, Universitäten stellte die Medizinethikerin fest, »dass es dort im Rückblick überzogen wurde«. Die Juraprofessorin Anika Klafki sagte bei der Anhörung, die teils über 40 Seiten langen Corona-Schutzverordnungen seien für juristische Laien »nicht zu durchdringen« gewesen. Oliver Lepsius, ebenfalls Professor für Öffentliches Recht, wies darauf hin, dass Exekutiv-Gremien während der Pandemie nicht repräsentativ zusammengesetzt gewesen seien. Experten seien »schlecht, geradezu ungeeignet, wenn es um Abwägungsentscheidungen mit gesellschaftlichen Belastungen geht«.

Man wird sehen, welche Schlüsse die Kommission aus solchen Statements ziehen wird. Ihren Abschlussbericht muss sie laut Auftrag bis zum 30. Juni 2027 erstellen, sie kann zusätzlich auch Zwischenberichte »zu einzelnen abgeschlossenen Untersuchungsaspekten« vorlegen, wie es in dem Antrag heißt. Dies könne eine »zeitnahe parlamentarische und politische Befassung mit den Ergebnissen ermöglichen«.

## Nicht übersehen

Die Corona-Pandemie und deren politisches Management veränderten den Alltag praktisch aller Menschen, wenn auch unterschiedlich intensiv. Eine Gruppe, deren Erfahrungen während der am 11. März 2020 von der Weltgesundheitsorganisation offiziell ausgerufenen Pandemie kaum thematisiert wurden, haben Forschende der Universitäten Bielefeld und Heidelberg unter die Lupe genommen: Das Team unter Leitung von Professor Kayvan Bozorgmehr wertete die Gesundheitsdaten von mehr als 109.000 Geflüchteten aus, die zwischen Oktober 2018 und April 2023 in 21 Sammelunterkünften in drei Bundesländern lebten. Beim Vergleich mit den Vor-Pandemie-Monaten stellte sich heraus: Die Zahl der erfassten psychischen Erkrankungen stieg um 73 % und Psychopharmaka wurden sogar um 95 % häufiger verschrieben. Verletzungen und gesundheitliche Folgen von Gewalt nahmen um 88 % zu. Die auffälligen Zahlen interpretiert Gesundheitswissenschaftler Bozorgmehr laut einer Pressemitteilung der Uni Bielefeld vom 28. November 2025 wie folgt: »Das könnte ein Hinweis auf zunehmende Konflikte und Spannungen in den Sammelunterkünften während der Lockdowns und Quarantänezeiten sein, aber auch eine Folge von veränderten Migrationsrouten vor Ankunft in Deutschland.« Rosa Helene Jahn, Co-Autorin der Studie, sagt: »Unsere Daten verdeutlichen, dass psychische Gesundheit und Schutz vor Gewalt in Krisenzeiten besondere Aufmerksamkeit verdienen.« Aus Schutzgründen erwogene Maßnahmen wie Quarantäne und Isolation, folgert Professor Bozorgmehr aus der Studie, sollten »immer im Zusammenspiel mit sozialer und psychischer Unterstützung gedacht werden«.